

Heute Beilage: Streikzeitung der Metallarbeiter

13. Jahrgang / Nr. 250 / Preis für Groß-Berlin
Anwärts 15 Pf. 10 Pfennig

Berlin, Sonnabend, 25. Oktober 1930

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redaktion und Verlag: Berlin C 25, Kleine Alexanderstraße 23. Tel.: E 1
Berolina 5481. Geschäftszeit des Verlages von 148 Uhr bis 1417 Uhr.
Juristische Sprechstunde: Dienstag und Freitag von 18 bis 13 Uhr.

Erscheint täglich außer Montags

Tel.-Adresse: Köpcke Berlin. Bankkonto: Darmstädter und Nationalbank
Berlin, Dep.-Kasse Belle-Alliance-Pl. Vereinigte Zeitungsverlage, G.m.b.H.
Postkassations Berlin NW 278 78

Abzugspreis pro Woche 70 Pf., monatlich 3,- Mark einschließlich Träger-
lohn in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. — Vorauszahlung.
Postbezug inkl. Postgebühr 3,60 Mark; Streikband im Inland sowie nach
Desterreich, Litauen, Ungarn, Dänzig, Wien und Saargebiet 4,50 Mark,
übrige Länder 4,80 Mark.

Begründet von

Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Anzeigenpreis: Die Werbestellen können täglich 70 Pf. Arbeiter-
organisations- und Familienanzeigen: Seite 40 Pf.
Kleine Anzeigen: Seite 15 Pf., Vertriebsanzeigen 25 Pf., Sonstige
Kart 50 Pf. Arbeitsmarkt: Seite 5 Pf.
Anzeigenabteilung: Kleine Alexanderstraße 23. Tel.: (S 1) Berolina 1558, 1518.

Die Kommunistische Partei ruft zur Unterstützung des Metallstreiks:

Organisiert den Kampf in ganz Deutschland!

Der Berliner Lohnraub soll für ganz Deutschland wegweisend sein — Aus-
sperrungsandrohungen des Gesamtverbandes der deutschen Metallindustriellen

Der Appell der KPD.

130 000 Berliner Metallarbeiter stehen im Streik gegen
Lohnabbau, für Siebenkündentag bei vollem Lohnausgleich
und Lohnhöhung. Ihr Kampf richtet sich nicht nur gegen
die Scharfmacher der Metallindustrie, die 15 Prozent Lohn-
raub fordern, sondern auch

gegen die Brüning-Regierung,

deren Schlichter 8 Prozent Lohnabbau diktieren wollte.
Die Regierung der S-Dr-Diktatur, die Regierung der Not-
verordnungen,

die Regierung des Lohn- und Gehaltsraubes

wurde am 18. Oktober vor dem Sturz

gerettet durch die Sozialdemokratie.

142 SPD-Abgeordnete stimmten Mann für Mann gegen
die Aufhebung der Notverordnungen, gegen das Mißtrauen,
für die Regierung Brüning-Schleier-Schmittmann, die mit allen
Mitteln, mit Hilfe einer faschistischen Diktatur, ihr
Hungersprogramm durchsetzen will.

Die Regierung Brüning, geküßt auf die Sozial-
demokratie im Reichstag und in der Preußenregierung, ge-
küßt auf die Nationalsozialisten in Thüringen, Braun-
schweig und im Reichstag,

führt das deutsche Volk in eine
Hungerkatastrophe

Lohn- und Gehaltsraub bei steigender Teuerung;
Lohn- und Preissteigerungsschwindel, Raub der Unter-
kühlungen bei wachsender Massenarbeitslosigkeit — fünf
Millionen Arbeitslose in diesem Winter —
kein des schaffenden Mittelstandes und der werktätigen
Bauern unter dem unerträglichen Druck der Young-Plan-
plünderung — das ist die Katastrophe, in die auch
die Brüning und Stegerwald, die Braun und Ger-
ring, die Fried und Hitler hineinziehen.

Arbeiter, Angestellte, Beamte, werktätiger Mittel-
stand, schaffende Bauern! Lehrlinge, jugendliche Ar-
beiter und Arbeiterinnen!

Schon drohen die Unternehmer mit der Aussperrung
der Metallarbeiter in ganz Deutschland!

Der Kampf der 130 000 Metallarbeiter
ist euer Kampf!

Ihr müßt ihn aufs rascheste und wirkungsvollste unter-
stützen durch Geldsammlungen und Solidaritätsbeschlüsse, vor
allem aber durch den aktiven Kampf für eure eigenen Forder-
ungen gegen Lohn- und Gehaltsabbau, gegen Unterdrückungs-
und Steuerraub, gegen faschistische Hungerdiktatur;

für Siebenkündentag und Lohnhöhung,
Winterbeihilfe für Arbeitslose und Sozialrentner,
Abmilderung der Steuerlast von den Werktätigen auf
die Besitzenden.

Proletariat! Werktätige! Rüstet zum

politischen Massenstreik gegen die Hunger-
diktatur,

zum Sturz der faschistischen Brüning-Regierung!

Hebt Solidarität mit den Berliner Metallarbeitern!

Metallarbeiter Deutschlands! Organisiert den Kampf um
eure eigenen Forderungen! Das ist die beste Solidarität für
eure Berliner Klassenkassen!

Macht Schluß mit den Verrätern vom 18. Oktober, den
Küßlern der Hungerregierung, den sozialdemokratischen Arbeiter-
verrätern!

259

Den Opfern des Kapitals

Sarg an Sarg, zweihundertneunundfünfzig Särge... Und
wie viele liegen noch in den vergessenen Stollen, erstarrt oder ins
Unkenntliche zerrissen?

Wir lagen am Grabe der 259 Opfer der Hilsdorfer Berg-
werkstatastrophe, wie im Juli vor der stummen, anliegenden
Reihe der 151 Gemordeten von Hausdorf im Waldenburger
Hungerland. Sie sind gemordet worden im Namen des
Profits von den Dividendenfressern! Sie sind nicht die Opfer
unüberwindlicher Naturkräfte, sondern die Opfer eines mörder-
ischen, unmenslichen Ausbeutungssystems, das alle kommu-
nistischen Forderungen zum Schutze gegen die drohenden
schlagenden Wetter auf den Gruben des Eisweiler Bergwerks-
vereins rücksichtslos überging.

Ironisch, beifriedigt melde die „Deutsche Bergwerkszeitung“,
daß eine Dividende von 14 Prozent trotz des Berg-
werkstunfalls auch für das laufende Jahr geschürt sei.

Die Herren Aktionäre machen heute vor dem Grabe der 259

in „trauernder Volksgemeinschaft“. Die Mörder, deren erster
Gedanke nach der Katastrophe die Dividende ist, werden gemein-
sam mit den Ministern der deutschen Young-Regierung und mit
dem Segen der Pfaffen am offenen Grab der Gemordeten heuch-
lerisch „trauern“.

Heute soll ein allgemeiner Trauertag sein. Man ver-
bietet die Tanzveranstaltungen, aber erlaubt, daß das
gleiche System des rationalisierten Nordes
morgen, in einem Monat oder später neue Katastrophen von
Opfern gebärt, wie in Hausdorf und in Hilsdorf. Es wird
weiter geschunden, weiter ausgebeutet, weiter angetrieben, weiter
gemordet!

Die hunderteinundfünfzigfachen Mörder von Hausdorf sind
bis heute nicht angeklagt, nicht bestraft. Aus dem Schmerz
der Mütter, Witwen und Weisen von Hausdorf, aus der solidari-
schen Empörung der Bergarbeiter und aller Werktätigen in
ganz Deutschland erhebt sich der revolutionäre Haß gegen
den Mörder Profit.

Wir neigen unsere Fahnen vor den 259 in
Hilsdorf. Wir stehen an den Gräbern unserer Kameraden,
Genossen, unserer gemordeten Brüder — und wieder wie im
Juli erhebt das ganze Deutschland der Arbeit, das Deutschland
der kommenden Revolution, seine Häute:

Es kommt der Tag, da werden wir die Richter
sein!

Die „Vossische Zeitung“ meldet:

„Geheimverhandlung im Metallkonflikt“

Die bürgerlichen Berichte aus den vertraulichen Verhandlungen beim Reichsarbeitsministerium
über den Berliner Metallarbeiterstreik zeigen, daß Ulrich, Eckert, Ortmann, Bredow und Loß auf dem besten Wege sind,
zu einer verräterischen Vereinbarung mit den kapitalistischen Lohnräubern vom Verband Berliner Metallindu-
strieller und dem Gesamtverband deutscher Metallindustrieller zu kommen. Nach Mitteilung des „Berliner Tageblatts“ wird
in einer geschlossenen Kommission unter dem Vorsitz des Ministerialdirigenten Kewes gegenwärtig der Vorschlag
beraten, den Streik durch eine „geringe Lohnkürzung, verbunden mit einer Arbeitszeitverlängerung“ abzu-
würgen. Doppelter Lohnabbau ist also geplant!

Die bürgerliche Presse berichtet, daß die Verhandlungen
zwischen der Gewerkschaftsbürokratie und den Industriellen nur
bis Montag vertagt wurden, um in der Zwischenzeit zu einer
Einigung zu kommen. Die „Vossische Zeitung“ berichtet über
diese Verhandlungen mit der Schlagzeile „Geheimverhandlungen
im Metallkonflikt“.

Die Teilnahme eines Mitgliedes des Gesamtverbandes der
deutschen Metallindustriellen zeigt, daß der Lohnraub gegen die
Berliner Metallarbeiter wegweisend für die gesamte deutsche
Metallindustrie sein soll.

Nach Schluß mit den Hitler-Faschisten, die sich dem Dollar-
kapital als Landstroläher gegen den Bolschewismus verlaufen!

**Nur die Kommunistische Partei,
nur die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition
kämpft für eure Interessen.
Werdet Kämpfer in den Reihen der KPD und des
Kommunistischen Jugendverbandes!
Tretet in Massen ein in die Revolutionäre Gewer-
kschaftsopposition!
Einigt in den Kampfband gegen den Faschismus!
Berlin, den 25. Oktober 1930.**

Zentralkomitee der Kommunistischen
Partei Deutschlands
Zentralkomitee des Kommunistischen
Jugendverbandes Deutschlands

Im Zusammenhang damit werden anscheinlich der
in Sachsen, Schlesien, Brandenburg, Ostpreußen,
Pommern und Bielefeld Ende Oktober ab-
laufenden Lohnstarke Aussperrungsandrohungen
der Metallindustriellen bekannt.

Die Ulrich und Eckert liegen vor diesen Drohungen
platt auf dem Bauche. Sie wollen rasch den Berliner Kampf
abbrechen und denken natürlich nicht an eine Verstärkung der
Berliner Streikfront durch die Aufnahme des Kampfes in den
anderen Metallbezirken des Reiches.

Ein Klub von allgetreuten Anhängern Ulrichs, die sich
„Obleute der Streikleitung“ nennen, hat gestern Abend be-
schlossen, „mit Rücksicht auf den Stand der Verhandlungen von
einer Verstärkung des Streiks Abstand zu nehmen“.
Diese sogenannten Obleute haben kein Recht, im Namen der
streikenden Metallbelegschaften Berlins zu sprechen. Sie sind
das Werkzeug der verräterischen Gewerkschaftsbürokratie.

Für jeden streikenden Metallarbeiter, für jeden Klassen-
kämpferisch denkenden Werktätigen ist es klar, daß es jetzt
darauf ankommt, die Streikfront in Berlin zu verstärken und
zu verbreitern durch die Einbeziehung der Nicht-SPD-Be-
legschaften in den Kampf, durch die Schaffung von breiten Solidari-
tätsausschüssen in den Betrieben aller Industrie. Gleichzeitig
muß die Streikfront über alle Parteigrenzen, wo die Unternehmer
mit Aussperrung drohen, und vor allem auf die Konzernbetriebe
der beschriebenen Berliner Firmen ausgedehnt werden!

Auf den geheimen Schacher der Ulrich, Bredow, Borfig und
Köppen antwortet auf der ganzen Linie:
Wir kämpfen unter der Führung der KPD, unter selbstge-
wählter Führung gegen jeden Pfennig Lohnabbau, für Sieben-